

Nein zu Planwirtschaft im Arbeitsmarkt

Von Roland A. Müller

Am 9. Februar stehen die Stimmberechtigten gleich in zweifacher Hinsicht vor einer Grundsatzentscheidung. Die SVP-Initiative gegen Masseneinwanderung stellt uns einerseits vor die Frage, ob wir in unseren Beziehungen zu Europa auf dem bilateralen Weg weitergehen oder diesen beenden wollen. Gleichzeitig müssen wir entscheiden, ob wir den liberalen Arbeitsmarkt erhalten – oder zu einem planwirtschaftlichen, bürokratischen System zurückkehren. Die SVP propagiert mit ihrer Initiative eine Abkehr vom bilateralen Weg. Manche ihrer Exponenten bestreiten dies zwar, doch die Ausgangslage ist klar: Wird die Initiative umgesetzt, kann die Schweiz das Abkommen über die Personenfreizügigkeit nicht mehr einhalten. Und sie kann auch keine andere Vereinbarung mit der EU treffen, die sich auch nur halbwegs mit dem Freizügigkeitsgedanken vereinbaren lässt.

Wollen wir unseren Wohlstand erhalten, brauchen wir Fachkräfte aus dem Ausland.

Der Vertrag wird also hinfällig, und damit auch sechs weitere bilaterale Abkommen. Damit verspielt die Schweiz den über Jahrzehnte ausgehandelten freien Zugang zum europäischen Binnenmarkt. Als Exportnation können wir uns das nicht leisten.

Aus Arbeitgebersicht ist die zweite Entscheidung aber beinahe noch wichtiger. Die Personenfreizügigkeit steht für einen liberalen Arbeitsmarkt und ermöglicht es unseren Unternehmen, auf einen grossen Pool an gut ausgebildeten Fachkräften zurückzugreifen. Dies ist aus mehreren Gründen für eine gesunde wirtschaftliche Entwicklung unabdingbar. Obwohl in der Öffentlichkeit noch kaum wahrgenommen, ist die Überalterung eine der grössten Herausforderungen für die Schweiz von heute. Die geburtenreichen Jahrgänge der Nachkriegsgeneration werden in den nächsten Jahren alle pensioniert und



Grosser Dichtestress. In der Schweiz wird es langsam eng, doch die Initiative der SVP löst das Problem nicht.

Foto Keystone

müssen auf dem Arbeitsmarkt ersetzt werden. Allein mit dem inländischen Nachwuchs ist das nicht zu bewerkstelligen. Gleichzeitig haben die heutigen Pensionierten eine weit höhere Lebenserwartung als frühere Generationen – dies sorgt unter anderem für einen steigenden Bedarf an Pflege- und Gesundheitspersonal.

Die Lücken, die sich hier auftun, können nur zu einem geringen Teil mit Massnahmen im Inland geschlossen werden. Es laufen zahlreiche Bestrebungen, Frauen und ältere Menschen noch besser in den Arbeitsmarkt einzubinden – beispielsweise mit der Förderung flexibler Arbeitszeitmodelle, der Verbesserung von Kinderbetreuungsangeboten oder der Schaffung von mehr Teilzeitstellen. Doch das ist nur ein Tropfen auf den heissen Stein. Wollen wir unseren Wohlstand erhalten und der Wirtschaft ein gesundes Wachstum ermöglichen, benötigen wir

noch eine ganze Weile zusätzliche Fachkräfte aus dem Ausland. Und wir sind nicht das einzige Land, das hier Bedarf hat. In jeder westlichen Industrienation, deren Wirtschaft nicht schrumpft, ist Zuwanderung heutzutage unabdingbar – aus genau denselben Gründen. Der Wettbewerb um die am besten qualifizierten Spezialisten wird sich entsprechend verschärfen.

Der Arbeitsmarkt funktioniert heute sehr gut. Mit den flankierenden Massnahmen zur Personenfreizügigkeit ist es gelungen, Missbräuche weitgehend zu verhindern. Trotz der Öffnung entwickeln sich die Löhne positiv, und die Arbeitslosigkeit verharrt auf tiefem Niveau. Was hat uns die Initiative als Alternative anzubieten? Die SVP verlangt eine Rückkehr zum Kontingentsystem, wie wir es in den 1990er-Jahren kannten. Der Staat soll also festlegen, welche und wie viele Personen jährlich in die Schweiz einwandern

dürfen. Heute gilt diese Regelung nur für wenige Arbeitskräfte aus Drittstaaten. Wird die Initiative umgesetzt, müssen neu auch alle Gesuche für Kurz- und Langaufenthaltsbewilligungen und alle neuen Grenzgängerbewilligungen für Personen aus EU- und EFTA-Staaten

Langwierige Bewilligungsverfahren schrecken die besten Fachkräfte ab.

so bearbeitet werden. Wir sprechen hier von rund 190 000 Gesuchen pro Jahr. Dieses bürokratische Monstrum belastet nicht allein die Unternehmen, sondern auch den Staat erheblich. Die Kosten tragen wir als Konsumenten und als Steuerzahler. Die Vergangenheit hat gezeigt: Kontingente decken den tatsächlichen Bedarf des Arbeitsmarkts nie genau ab. Und

langwierige Bewilligungsverfahren schrecken die besten Fachkräfte ab, weil sie andernorts einfacher eine Aufenthaltbewilligung erhalten. Selbst wenn die Kontingente äusserst grosszügig definiert würden, verschärft die Initiative deshalb den Fachkräftemangel. Das ist mit Bestimmtheit kein zukunftstaugliches Rezept für die Schweiz.

Die Initianten übergehen diese Folgen für den Arbeitsmarkt grosszügig und haben auch kein überzeugendes Rezept für den weiteren Weg der Schweiz in Europa. Stattdessen werden mit Vorliebe Bodenverbrauch, Verkehrsengpässe oder Kriminalitätsraten thematisiert. In all diesen Punkten besteht tatsächlich Handlungsbedarf. Wer nach Lösungen sucht, wird im Initiativtext dazu aber kein Wort finden.

Roland A. Müller ist Direktor des Schweizerischen Arbeitgeber-Verbandes.